Zeitschrift: Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design
Herausgeber: Hochparterre
Band: 3 (1990)
Heft: 4

Artikel: Grenzfall Basel
Autor: Wiener, Daniel
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-119193

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.11.2025

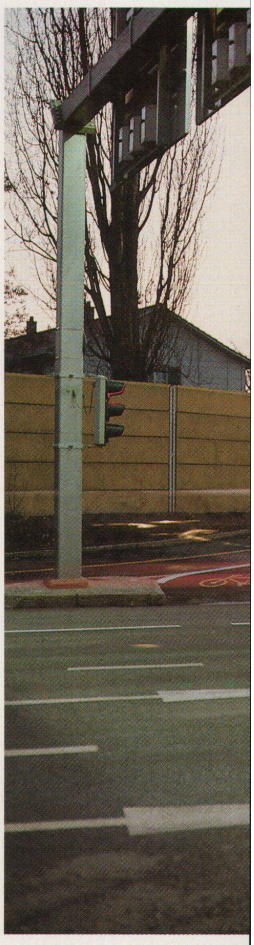
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Grenzfall Basel

VON DANIEL WIENER

FOTOS: RUEDI WALTI

Die Berliner Mauer fällt – die Basler Mauer hält. Betoniert und von Stacheldraht gekrönt, durchschneidet sie das Firmengelände der Sandoz AG und teilt es in zwei Hälften: hier das Werk Sandoz Basel, Schweiz – dort Sandoz Hüningen, Frankreich.



Der nahe Zoll fertigt den internen Sandoz-Firmenverkehr von Menschen und Waren ebenso formell ab wie jeden anderen Grenzübertritt. Nur Wasser (vermischt mit Tausenden von chemischen Verbindungen) kann hier undeklariert passieren: Die Abwasserreinigung der Sandoz Schweiz befindet sich flussabwärts in Frankreich. Doch die leidlich gereinigte Lauge ergiesst sich nicht gleich neben der Kläranlage in den Rhein. Sie wird unter der Betonmauer hindurch nach Basel zurückgepumpt und hier in den Strom geleitet. Mit diesem Arrangement hält sich Frankreich Unannehmlichkeiten bei allfälligen Pannen vom Hals.

Basel ist eine geteilte Stadt. Nicht Grossmächte haben am Rheinknie willkürlich Demarkationslinien gezogen, sondern die Stadt zerstückelte sich selbst, indem sie über ihre Grenzen hinauswuchs. Die Industrie suchte – teilweise schon im letzten Jahrhundert – neue Standorte im Umland, und die vom Chemiewohlstand emporgehobenen Schichten fanden auf dem engen Basler Territorium keinen Platz mehr für ihre Eigenheimträume. In der Agglomeration Basel leben heute über 500 000 Menschen, Tendenz steigend, in der Stadt selbst bloss noch 172 000, Tendenz sinkend. Sieben Kulturräume in einem Umkreis von 20 Kilometern überwucherte Basel in den letzten 30 Jahren: Als das enge Stadtgebiet selbst – zumindest scheinbar – voll war, begann der Auszug ins Baselbiet. In den späten sechziger Jahren explodierte die Bevölkerung Baselbiets im Tempo eines Drittweltlandes. Allschwil, Binningen, Bottmingen, Münchenstein, Muttenz, Reinach und Therwil wandelten sich innert zehn Jahren von Dörfern zu sogenannten «Vorortsgemeinden» mit teilweise über 20 000 Einwohnern.

In den siebziger Jahren geriet das aargauische Fricktal in den Sog der Agglomeration, dann die Solothurner Bezirke nördlich des Juras, schliesslich

Jenseits der Grenze: Einkaufsparadies St-Louis (F)

auch das bernische Laufental. Schweizer siedeln jetzt vermehrt in Südbaden und im Elsass, doch vor allem wohnen im benachbarten Ausland gegen 30 000 deutsche und französische Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die in Basel arbeiten und täglich in die Stadt zur Arbeit fahren.

Zu erklären, es handle sich bei dieser Agglomeration analog zum Begriff «Millionenzürich» um eine einzige Stadt, grenzt in der Region Basel an Gotteslästerung. Dabei macht diese Behauptung wirtschaftlich durchaus Sinn. Ein Aufschrei des Entsetzens würde etwa über der Baselbieter Hauptstadt Liestal erschallen, wenn sie als Teil von Basel dargestellt würde. Es reicht schon, wenn gesamtschweizerische Medien – fast 160 Jahre nach der Kantonsteilung – immer noch mit schnoddriger Routine vom «Kanton Basel» reden.

So pochen auch die Witterswiler oder Bättwiler – in ihrer Mehrzahl Basler Stadtflüchtlinge – auf ihre Verbundenheit mit dem Kanton Solothurn. Nur die Laufentaler – weit weg von Bern – wollen sich politisch verändern: Sie schliessen sich aber nicht dem Kanton Basel-Stadt an – was in den siebziger Jahren ernsthaft zur Diskussion stand –, sondern dem Nachbarn Baselland.

Noch in den frühen achtziger Jahren dominierten die Stimmen, die die Zerstückelung des «Dreiecklandes» beklagten. Heute sind sie weitgehend verstummt. Seit der nahe Gigant «Europäische Gemeinschaft» (EG) begehrlich an die Tür klopft, erlangten die Grenzen eine neue Wichtigkeit: Sie

Grenz

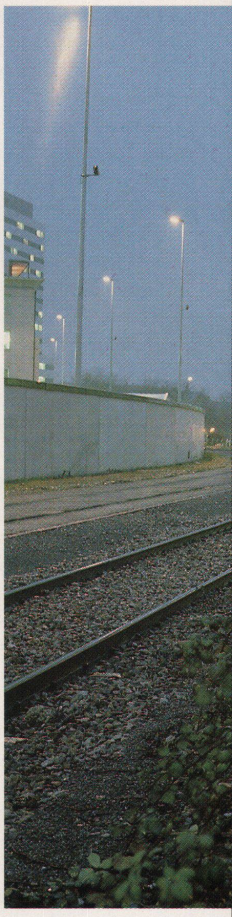
sind wirtschaftlicher und kultureller Schutzwall gegen die Machtansprüche fremder Herren, indem sie das Selbstbestimmungsrecht der Eingegrenzten garantieren. Umgekehrt schützten in den siebziger und achtziger Jahren die Grenzen das Elsass und Südbaden vor der Vereinnahmung durch die wirtschaftlich mächtige Schweiz – und damit vor Identitätsverlust.

Oerlikon und Schwamendingen gibt es im Dreieckland nicht: Basels Nachbargemeinden sind autonom und dadurch zumindest teilweise vor dem Zugriff der Stadt geschützt. So bilden die Laufentaler mit ihrem mehrheitlichen Anschlussbekenntnis zu Baselland heute die Ausnahme: Die anderen Einwohnerinnen und Einwohner der Region Basel leben nicht nur gut mit den zahlreichen Grenzen, sie entdekken in den letzten Jahren gar eine zärtliche Zuneigung zu diesen krummen Linien auf der Landkarte.

Die Attraktion ist einerseits eine handfeste: Während im Schweizer Rodersdorf SO die Immobilienpreise mit dem Schweizer Durchschnitt davongaloppieren, ist im benachbarten Biedertal (F) ein kleines Bauernhaus mit ein paar Aren Land für unter 100 000 Schweizer Franken zu haben. Ähnliche Relationen gelten auch für die Wirtschaft. Industrie- und Gewerbeland ist wohlfeil zu kaufen in Frankreich und in der Bundesrepublik, sprich: in der nahen EG.

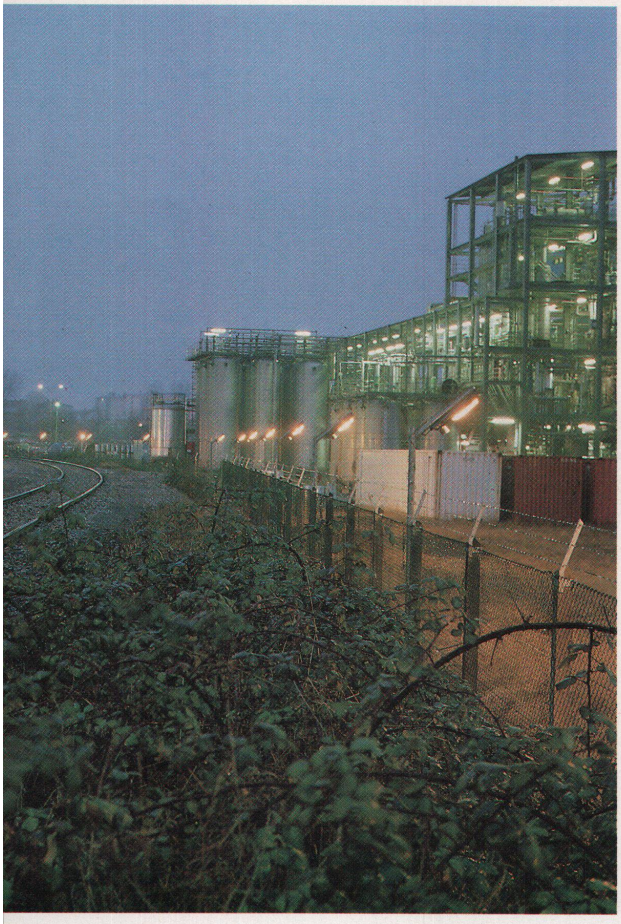
Hauptsächliche Anziehungspunkte im Alltag sind aber die exotischen Welten jenseits der Grenze – von beiden Seiten aus gesehen: Elsässer arbeiten nicht nur in Basel, sie schleppen am Sonntag auch ihre Familien vor die Pi-

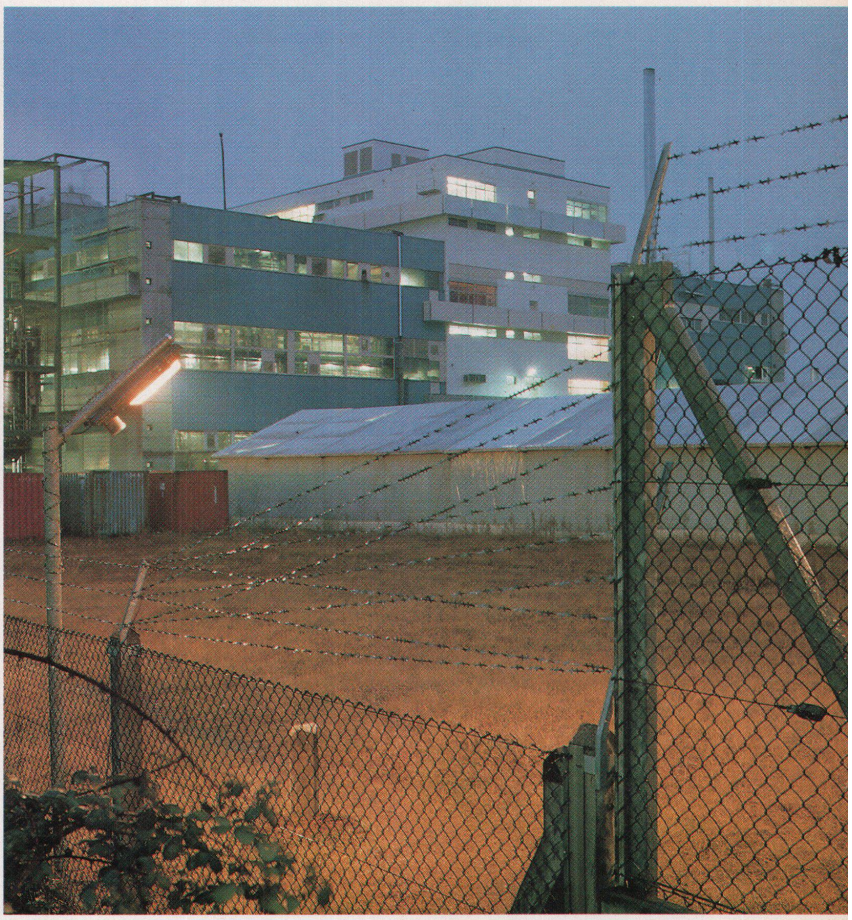
Grenze als Radfahrerstreifen: Riehen BS–Lörrach (BRD)



cassos und Gaugins im Kunstmuseum. Schweizer fahren ins katholische Elsass zu Märkten, Volksfesten und zum Spargelessen, oder sie toben sich im Wellenbad, in den Warmwasserbecken und Beton-Tropfsteinhöhlen des «Laguna» in Weil aus. Diese künstliche «Nass macht Spass»-Ersatzwelt im grenznächsten deutschen Nachbarstädtchen liegt fünf Kilometer Luftlinie vom Basler Marktplatz entfernt.

Das 1984 eröffnete «Laguna» ist ein gelungener Versuch der Gemeinde Weil (25 000 Einwohner), aus dem Schatten der grossen Nachbarstadt Lörrach (40 000 Einwohner) herauszutreten. In diese Identitätsstiftung investierte die Gemeinde 21 Millionen Mark. Die Eintrittspreise des «Laguna» liegen dank dieses Vorschusses viermal tiefer als jene des privatwirtschaftlich erstellten, ähnlich konzipierten «Alpamare» in Pfäffikon am Zürichsee. Von der Investitionsbereitschaft Weils profitiert die ganze Region. Pro Jahr registriert das «Laguna» mehrere 100 000 Schwimmerinnen und Schwimmer. 45 Prozent reisen per Bus, Fahrrad oder Auto aus der Schweiz an, 20 Prozent aus Frankreich. Ganz nebenbei und unverhofft mauserte sich das «Laguna» zum populärsten internationalen Treffpunkt der Region. Damit ist nichts gesagt über Sinn oder Unsinn der «Nass macht Spass»-Welle. Der grosse Erfolg des Bades unterstreicht aber die Bedeutung der Autonomie von lokalen politischen Entscheidungsträgern. Würde Weil zur Stadt Basel gehören wie Altstetten zu Zürich, ginge die Stimme des Städtchens im Chor der Quartiere unter. Da wirkt die Landesgrenze Wunder: Weil am Rhein ist trotz seiner Nähe zum regionalen Zentrum weder zum gesichtslosen und abhängigen Viertel noch zum verschlafenen Vorort verkommen, sondern entwickelte sich vielmehr zum politisch, kulturell und wirtschaftlich selbständigen Gemeinwesen. Die Stadt hat eine eigene





Chemie, beidseits der Grenze: BS–Hüningen/Huningue (F)

Planung, einen Personen- und einen Güterbahnhof, ein eigenes Nahverkehrsnetz, eigene Schulen.

Und die Weiler Behörden nutzen ihre Unabhängigkeit weiter: Mit der Errichtung eines neuen Gewerbezentrums auf der «Schusterinsel», einer grenznahen Parzelle am Rhein, fördern sie jetzt die Konkurrenz zu den manchmal teuren Basler Klein- und Mittelbetrieben, bieten diesen aber zugleich die Chance, sich einzumieten und im EG-Raum Fuss zu fassen.

Entscheidend in diesem Spiel, das auch andere regionale Gemeinden und Bezirke beherrschen, sind die gleich langen Spiesse: Beide Seiten – der Zwerg Weil und der Riese Basel – können ihre Ziele nur erreichen, wenn sie ihren Gesprächspartner als gleichberechtigtes Gegenüber akzeptieren. Könnte Basel wie Zürich innerhalb der eigenen Gemeinde oder des Kantons räumlich expandieren, hätte das Zentrum gar kein Interesse an ernsthaften Verhandlungen mit den Nachbarn. Basel würde die Anstösser politisch und wirtschaftlich beherrschen und erst noch von deren Steuererträgen profitieren.

Die Grenzen legen ein anderes, ein moderneres Denken nahe. Basel-Stadt ist mit Abstand der flächenmässig kleinste Stand der Schweiz. Der zweitkleinste, Appenzell Innerrhoden, ist schon fast fünfmal grösser. Auf den 37 Quadratkilometern des Kantonsgebiets drängen sich – Riehen und Bettingen inklusive – 191 000 Einwohnerinnen und Einwohner (1970 waren es noch 234 000).

Das enge Korsett der Grenzen zwingt Basel-Stadt, mit seinen Nachbarn in Verhandlungen zu treten. «Partnerschaft» nennen das die regionalen Politikerinnen und Politiker. «Partnerschaft» ist öfter angesagt im Zusammenhang mit Universität, Spitälern, Kultur und Verkehr. Erstaunlich ist auf den ersten Blick, dass das System der freien Verhandlungen zwi-

Grüne Grenze mit Bäumen und Schlagbaum: Basel–BRD

schen verhältnismässig autonomen Gemeinwesen oft schneller zum Interessenausgleich und damit zu konkreten Resultaten führt als die erzwungene Konkordanz innerhalb von politisch einheitlicheren Räumen.

So schuf die zerstückelte Nordwestschweiz als erste Schweizer Region einen Tarifverbund im öffentlichen Nahverkehr und kreierte zusätzlich das Umweltschutz-Abonnement mit günstigem Monatstarif, das in ganz Europa Nachahmung fand. Den lokalen Verkehrsbetrieben glückte gar als ersten das Kunststück, die Gültigkeit ihrer Ausweise auf den Strecken der Schweizerischen Bundesbahnen und den PTT durchzusetzen. Das Basler Umweltschutz-Abo ist heute auch im 70 Kilometer entfernten Freiburg im Breisgau gültig.

Woher kommt diese erstaunliche Innovationskraft? Echte Partner sind gezwungen, sich zuzuhören, sich auseinanderzusetzen, auch mit harten Bandagen um Franken und Rappen zu ringen. Dabei fliegen nicht nur die Fetzen, die Unterhändler kommen sich auch näher. In diesem Verhandlungsklima haben auch unkonventionelle Ideen eine Chance.

Am Anfang der Idee Umweltschutz-Abo stand 1983 der Vorschlag des Direktors der staatlichen Baselland Transport AG, Paul Messmer, zur besseren Auslastung bestehender Überkapazitäten bei Tram und Bus die Tarife zu senken, anstatt sie wie zuvor

regelmässig der Teuerung anzupassen. Ein übertragbares Umweltschutz-Abo für monatlich 35 Franken (heute 43 Franken) war aber nur mit Subventionen von Kantonen und Gemeinden zu realisieren.

Dennoch belasten die Umweltschutz-Abos die Staatskasse kaum. Zwar schiesst jetzt die öffentliche Hand mehr Geld in den Nahverkehr ein, auf der anderen Seite dürfen Bürgerinnen und Bürger für den Arbeitsweg nur noch die Kosten für das verbilligte Jahresabonnement von den Steuern abziehen. Unter dem Strich lohnte sich die Übung für die Fahrgäste, für den Staat und für die Umwelt: Seit 1983 nahmen die Passagierzahlen im öffentlichen Verkehr um rund ein Drittel zu, wodurch wiederum die Einnahmen der Verkehrsbetriebe trotz billigeren Abos wesentlich stiegen. Gleichzeitig blieb im Kanton Basel-Stadt die Zahl der immatrikulierten Personenwagen praktisch konstant bei 300 Autos pro 1000 Personen.

Während beim Tarifverbund die Grenzlage als Ansporn wirkte, führte sie bei anderen Projekten zu heilsamen Denkpausen. Als Frankreich eine Autobahn bis vor die Tore Basels baute, hat sich die Schweiz zwar in einem Staatsvertrag verpflichtet, diese Strasse abzunehmen. Niemand, auch kein konservatives automobiles Hinterland, kann aber den Stadtstaat Basel dazu zwingen, die Autobahn auf seinem Gebiet vierspurig weiterzuführen.

Allerdings beschlossen Kantonsregierung und Bund – als Querverbindung zur Schnellstrasse Hamburg–Rom – den Bau einer Stadtautobahn, der sogenannten Nordtangente. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Basel wandten sich mehrheitlich dagegen. Bloss dank der massiven Zustimmung in den sogenannten «Landgemeinden» Riehen und Bettingen kam ein hauchdünnes Ja zur Nordtangente zustande.

Nun ist eine weitere Initiative gegen das Projekt hängig. Und im Entwurf zum neuen Basler Umweltschutzgesetz ist vorgesehen, dass Firmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihre Kundinnen und Kunden zur Kasse bitten müssen, wenn sie ihnen Parkplätze zur Verfügung stellen. Das Geld will der Staat zur Förderung von Umweltschutzinvestitionen bei Klein- und Mittelbetrieben einsetzen. So kann sich die Stadt ohne Hinterland gegen die Exzesse ihrer auswärtigen Benutzer und Beschmutzer wehren. Nicht nur Weil und andere Nachbargemeinden, auch die Kernstadt selbst gewinnt dank der Grenzen ein grosses Stück Selbstbestimmungsrecht, während etwa die Stadtzürcher den Bau des Milchbucktunnels nicht verhindern konnten. Sie müssen sich die dadurch geschaffenen Sachzwänge – die Verkehrslawine zum Beispiel – einfach gefallen lassen, weil es den kantonalen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in den Kram passte.

Die Grenzen Basels in allen Formen – ob grün im Erholungsgebiet Lange Erlen oder als Betonmauer bei Sandoz – nehmen symbolisch wie materiell vorweg, was auf Europa und seine Städte in den neunziger Jahren zukommt. Die Beschränkung der Ressourcen, nicht nur des Bodens, wird die Auseinandersetzung über die Zukunft der Agglomerationen prägen. Die Region Basel ist für diesen Prozess ein Zukunftslabor. Im Massstab 1:1 entwickelt und erprobt sie ein Modell zur Konfliktregelung und zum Interessenausgleich durch Verhandlungen zwischen gleichberechtigten Partnern. Doch was bringt das Spiel mit und

Wassergrenze: Schleuse in Hüningen/Huningue (F)

ohne Grenzen – ausser einem günstigen «Laguna»-Eintritt – dem normalen Bürger, der normalen Bürgerin? Jahrzehntelang bedeutete die Randlage eine echte Benachteiligung. Die Elsässer wurden in Frankreich, die Südbadenser in der Bundesrepublik und die Basler werden in der Schweiz zu den Sonderlingen gezählt und als politisch nicht besonders einflussreich betrachtet.

So kam die weltweit grösste Ballung geplanter Atomkraftwerke in der Region Basel zustande: Wirtschaft und Regierungen aller drei Länder wählten Standorte nicht nur am Wasser (das gibt es auch anderswo), sondern in einem Randgebiet, wo sie den geringsten Widerstand erwarteten. Das Ergebnis war die Geburt einer internationalen Anti-AKW-Bewegung, die in den siebziger Jahren ein wichtiger Kommunikationsfaktor zwischen den sieben Teilen der Region war.

Verhindert hat die Bewegung die Atomkraftwerke Wyhl (D) und Kaiseraugst. Ihre indirekten Erfolge sind ebenso spektakulär: Als beispielhafte Institutionen entstanden das in der Bundesrepublik führende Ökoinstitut Freiburg, das Ökozentrum Langenbruck BL, welches in der Schweiz eine Pionierrolle spielt, und die Energiegesetze beider Basel, die ersten und schärfsten ihrer Art in der ganzen Eidgenossenschaft. In ihrem Kurs bestätigt wurden die biologisch geführte Landwirtschaftliche Schule Ebenrain in Sissach BL und das Institut für biologischen Landbau in Oberwil (BL).

Zu den Qualitäten der Grenzen gehört aber auch, dass Baslerinnen und Basler am frühen Morgen mit dem Fahrrad über die Grenze huschen können, um drüben im Elsass eine frische Pariser «Flûte» zu holen; dass 20 Zugminuten vom Rheinknie entfernt Mulhouse mit einer völlig fremden Atmosphäre, mit farbigen Märkten, faszinierenden Museen und anderen spannenden Kulturangeboten aufwartet; dass im engsten Umkreis drei verschiedene Kulturlandschaften, drei unterschiedliche Erscheinungsbilder der Landwirtschaft studiert werden können oder dass drei verschiedene Küchen zu Gaumenfreuden einladen.

Und profitieren können die Städter auch vom ausgedehnten Naturschutzgebiet «Petite Camargue Alsacienne» in Blotzheim (F). Dieses ist mit dem öffentlichen Bus ab Basel-Schifflände oder mit dem Fahrrad in 20 Minuten

Grenzgängergrenze am Feierabend: Übergang Burgfelden

zu erreichen, ebenso das Ufer des alten Rheins, ein malerisches Erholungsgebiet mit Biotopen, Wasserschnellen und Inselchen, das zwei Kilometer nördlich der schweizerischen Landesgrenze beginnt. Gehörten sie zur Schweiz, wären diese Oasen längst von Eigenheimen zugebaut.

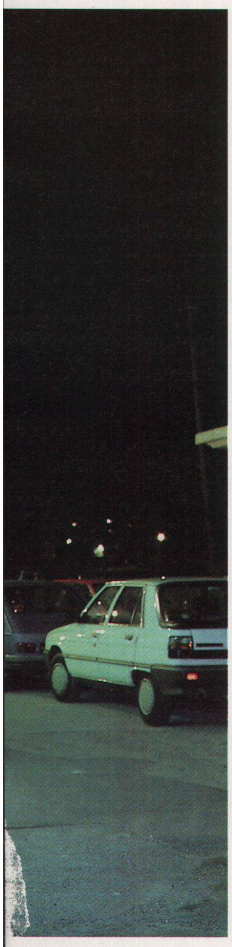
So zeichnen die Grenzen auch jenseits ihrer Linie das Gesicht der Landschaft. Sie prägen die Eigenart und den Charakter des Dreiecklandes als vielfältige Einheit, sie bestimmen mit in Politik und Wirtschaft und sind zugleich in der Lage, umweltpolitisch zweifelhafte, grosstechnische Pläne wenigstens zu bremsen oder gar zu verhindern.

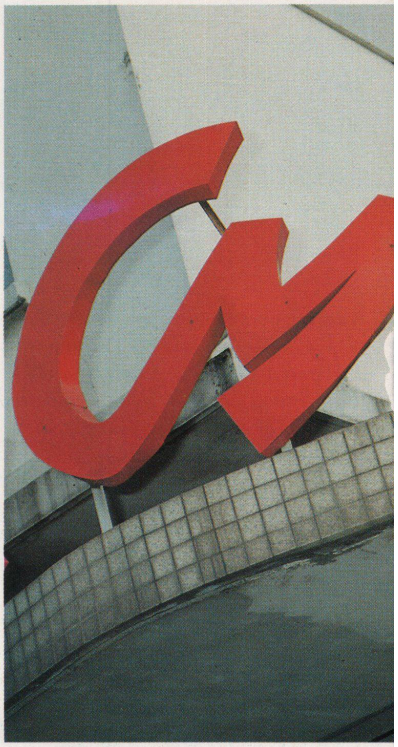
Im Kern der Agglomeration aber findet das Lob der Grenzen seine Grenzen. Denn in der Stadt Basel zeichnet sich eine Konfrontation ab, die ebenso mit der Enge des Raums zu tun hat: Wirtschaftskreise, nicht alle, aber auch nicht die lendenlahmsten, blasen zum Angriff. Sie wollen allein herrschen und Kritiker nach allen Regeln ausschalten. Auch hier nimmt die eng gewordene Industriestadt wohl vorweg, was anderswo die neunziger Jahre ebenso prägen wird wie das Einreissen von allerlei Mauern.

Der Konkurrenzdruck verschiedener Nutzungen im beschränkten Raum und mit beschränkten Ressourcen nimmt zu. Er nimmt um so mehr zu, je besser es der Chemie geht, und in den letzten Jahren geht es ihr – trotz Sandoz-Katastrophe – glänzend.

Das erwirtschaftete Kapital drängt zur Verwertung, und zwar wenn möglich an jenem Standort, wo es bereits erfolgreich gewonnen wurde. In Basel stehen Grossprojekte an, die als Versuch gewertet werden können, die wachstumsorientierte Industrialisierung allen Umweltschäden und sozialen Nebenwirkungen zum Trotz im gleichen Stil weiterzuverfolgen:

- Die bereits erwähnte Nordtangente, die mit allen Anschlussbauten eine Milliarde Franken verschlingen soll.
- Der von Ciba-Geigy geplante Sondermüllofen mitten im dicht besiedelten Quartier Kleinhüningen.
- Das von der gleichen Firma projektierte «Biotechnikum», ein 120-Millionen-Bau, in welchem erstmals in der Schweiz in grossem Stil gentechnologisch veränderte Mikroorganismen Wirkstoffe herstellen würden.
- Der massive Ausbau des Flughafens für rund eine halbe Milliarde Franken.





Unterhaltung, jenseits der Grenze in St-Louis (F)

Grenzfluss Rhein:
Basel–Hüningen/Huningue

Grenz

■ In Verbindung damit ein neues Messegelände für die Mustermesse im EG-Raum.

■ Für 170 Millionen ein neues Pharmagebäude der Sandoz, «Ramses» genannt, das die Produktivität pro Quadratmeter weiter steigern soll.

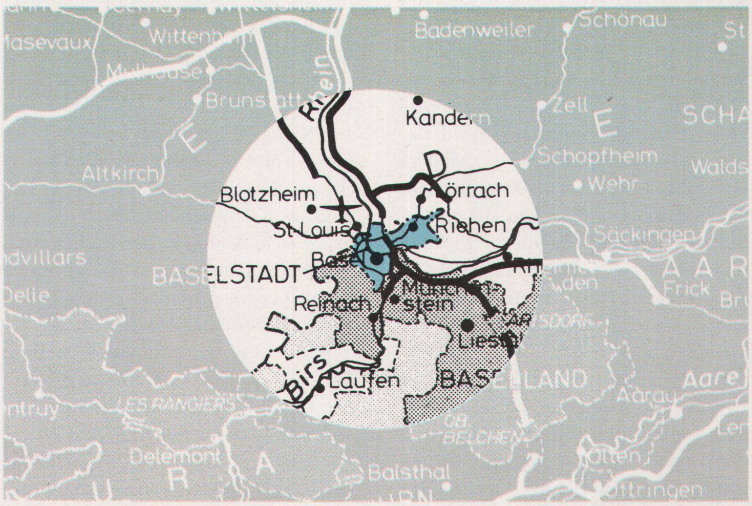
■ Der «Masterplan», der den Bahnhof SBB und seine Umgebung ähnlich dem Zürcher HB Südwest in ein Dienstleistungszentrum umwandeln möchte.

■ Weitere Parkhäuser in der Nähe der Innenstadt.

All diese und weitere Projekte stilisiert die Wirtschaft, deren Sprachrohr der Gewerbeverband und die bürgerlichen Parteien sind, zu «Testfällen» für den Werkplatz Basel. Ohne diese Milliardeninvestitionen auf engstem Raum müsse die Chemie Basel bald den Rükken kehren, wird gedroht, ohne Nordtangente gebe es keine Verkehrsberuhigung in den Quartieren. Grund für die Einschüchterungsversuche sind die politischen Mehrheitsverhältnisse in Basel. Die Stadt ist tief gespalten. Dutzende von Abstimmungen belegen es: Die eine Hälfte der Bevölkerung glaubt, dass im Zweifelsfall die Anliegen von Industrie, Verkehr und Gewerbe wichtiger sind als die Wohnstadt Basel. Die andere, rotgrüne Hälfte zieht meist knapp den kürzeren, weil zum Kanton Basel-Stadt noch die «Landgemeinden» Riehen und Bettingen gehören, die mit ihren klar wirtschaftsfreundlichen Voten jeweils den «Stichentscheid» fällen.

Jetzt bläst der Gewerbeverband zum «letzten Gefecht»: Eine sogenannte «Studie», die Professor Tobias Studer vom Betriebswirtschaftlichen Institut der Universität Basel im Auftrag des Gewerbeverbands angefertigt hat, dient der Diffamierung von Andersdenkenden. Originalton Studer: «Wer von irgendwelchen Segnungen unseres Zeitalters profitiert, ist automatisch auch Nutzniesser der Chemie. Dies sei besonders all jenen wieder einmal in Erinnerung gerufen, die mit ‹Chemie raus›-Parolen um sich werfen.»

In Basel ruft aber niemand «Chemie raus!». Solche und andere Szenarien sind dümmliche Unterstellungen, um Kritiker mundtod zu machen. Der Gewerbeverband nennt das «Dialog».

Wie in anderen Städten stehen zwei grundverschiedene Vorstellungen der urbanen Zukunft einander gegenüber. Wird Basel die Chancen seiner Grenzen nutzen oder seinen Grenzen zum Opfer fallen? Die Entscheidung fällt in den nächsten Monaten.

Der Regierungsrat von Basel-Stadt hat anscheinend bereits entschieden. Die Anfrage des grössten Schweizer Solarmobilverkäufers, Bruno Fridez, nach einem bescheidenen Produktionsgelände für eine Sonnenautofabrik auf baselstädtischem Boden beantwortete er abschlägig: Dafür hat es in Basel keinen Platz, gehen Sie ins Elsass oder nach Deutschland, schrieb die Regierung Fridez zurück. Dies wohl nach dem Rezept: Chemie rein, Solarenergie raus! ■